

Nachrichten

Weiter Streit zwischen Israel und USA um rote Linie für Iran

Tel Aviv/Washington (dpa/nd). US-Präsident Barack Obama und Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu haben ihre Differenzen im Atomkonflikt mit Iran offen auf den Tisch gelegt. »Kein Staatsmann lässt sich die Hände binden«, sagte Obama israelischen Medienberichten zufolge in einer Telefonkonferenz mit US-Rabbinern. Er habe aber immer klar gesagt, dass »wir Iran daran hindern werden, Atomwaffen zu erlangen«, fügte Obama hinzu. Er äußerte die Hoffnung auf den Erfolg nichtmilitärischer Maßnahmen.

Netanyahu betonte am Sonntag in der »Jerusalem Post« hingegen erneut, Iran müsse klar gesagt werden, was ein militärisches Eingreifen auslösen würde. US-Verteidigungsminister Leon Panetta tat solche »kleinen roten Linien« in »Foreign Policy« jedoch als weltfremd ab.

Soldaten gegen Kumpel in Südafrika

Johannesburg (dpa/nd). Nach erneuten Unruhen und Zusammenstößen vor der südafrikanischen Platingrube Marikana hat die Regierung am Samstag rund 1000 Soldaten zu dem Bergwerk entsandt. »Die Soldaten wurden auf Anfrage der Polizei geschickt, um diese bei ihren Operationen zu unterstützen«, sagte der Sprecher der Nationalen Verteidigungskräfte, Xolani Mabanga, am Abend. Mittlerweile haben sich die Unruhen auch auf andere Bergwerke in der Region ausgeweitet.

Das örtliche Arbeitsgericht gestand einem Bericht der Zeitung »Saturday Star« zufolge dem Bergbauunternehmen Lonmin das Recht zu, Streikende zu entlassen, wenn sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Nachkriegsopfer in Tschechien beigesetzt

Prag (dpa/nd). Deutsche Opfer von Nachkriegsunruhen sind in Tschechien zur letzten Ruhe gebettet worden. Die Trauerfeier fand am Sonnabend auf dem Zentralfriedhof in Jihlava statt, wie ein Sprecher der Angehörigen bestätigte. Die zwölf Toten waren vor zwei Jahren in zwei Sammelgräbern im der benachbarten Gemeinde Dobronin entdeckt worden.

Am 19. Mai 1945, wenige Tage nach Kriegsende, hatte dort eine tschechische »Revolutionsgarde« deutsche Dorfbewohner misshandelt und erschlagen. Die Polizei ermittelt wegen Mordes. Die Untersuchungen stehen offenbar kurz vor dem Abschluss. Die Staatsanwaltschaft in Brno hat eine Informationssperre verhängt.

Arabische Welt auf dem Weg der Modernisierung

Der Demograf Youssef Courbage glaubt nicht, dass reaktionäre Kräfte die Entwicklung aufhalten können



Youssef Courbage wurde 1946 in Aleppo (Syrien) geboren und lebt in Paris. Er arbeitete am Institut National d'Études Démographiques. Als Forscher und Berater war er u.a. für die UNESCO, die EU und den Europarat in Staaten des Maghreb und des Mittleren Ostens tätig. Für »nd« befragte ihn **Karin Leukefeld**.

Foto: Leukefeld

● 2007 haben Sie mit Emmanuel Todd Ihr Buch »Le Rendezvous des Civilisations« veröffentlicht, haben Sie den »Arabischen Frühling« vorhergesehen?

Uns war schon klar, dass selbst in den Staaten der arabischen Welt, die am meisten zurückgeblieben sind, etwas passieren würde. Wir Demografen sind wie Seismologen, die ein Erdbeben voraussagen können, aber nicht den genauen Zeitpunkt. Es gibt eine universale Abfolge, wonach Gesellschaften sich von der kulturellen Revolution über die Säkularisierung zur demografischen Revolution entwickeln. Und alles endet in einer politischen Revolution. So wie es in England, Frankreich und in Russland geschehen ist, musste es in der arabischen Welt geschehen. Es gab keinen Grund anzunehmen, Araber oder Muslime durchliefen nicht die gleiche Entwicklung wie der Rest der Menschheit.

● Nach mehr als einem Jahr: Haben die Umbrüche für die einfachen Leute zu Modernisierung und Fortschritt geführt?

Das ist eine wichtige Frage. Wenn die Revolutionäre in Frankreich 1789 über alles hätten nachdenken müssen, was sich in dem Jahrhundert nach der Französischen

Revolution ereignet hat, hätten sie möglicherweise Louis XVI. nicht geköpft, sondern auf dem Thron gelassen. Wenn sie gewusst hätten, dass es das Terrorregime geben würde, dann die Restauration, die zwei Napoleons, die Legitimisten. Die Französische Revolution hat erst 100 Jahre später Gestalt angenommen, erst nach dem Französisch-Deutschen Krieg 1871. All das kann man nicht voraussehen. Was wir sagen können, ist, dass die Entwicklungen in der arabischen Welt unter den soziokulturellen und demografischen Bedingungen der arabischen Gesellschaften unausweichlich sind.

● Ist der Vormarsch der islamistischen Bewegungen nicht eher ein Zeichen des Rückschritts als der Modernisierung?

Warum sind die islamistischen Bewegungen jetzt so präsent? Wo wir doch eher eine säkulare Revolution erwartet haben, nicht eine islamistische? Meiner Ansicht nach tragen dafür die säkularen, linken und liberalen Parteien eine große Verantwortung. Nach Umfragen, die wir in einigen Staaten gemacht haben, sollten die Islamisten in diesen Gesellschaften nicht mehr als 20 Prozent haben. In Tunesien erhielten sie bei den Wahlen genau das Doppelte, nämlich 40 Prozent!

Franzosen für Reichensteuer

Paris (dpa/nd). Die Mehrheit der Franzosen will die von Präsident François Hollande geplante Spitzensteuer für Millionäre. Laut Umfrage der Zeitung »Ouest-France« vom Sonnabend waren 60 Prozent der Befragten für den Steuersatz von 75 Prozent. Hollande will damit Einkommen von über einer Million Euro belasten.

Von Ralf Klingsieck, Paris

»Nein zum Fiskalpaket, Ja für ein Referendum über seine Ratifizierung!« Das war die Losung, die das Pressefest der kommunistischen Zeitung »l'Humanité« am Wochenende in Le Bourget bei Paris prägte.

Überall wurden Unterschriften gesammelt, um eine Volksabstimmung über den Fiskalpaket der EU zu erzwingen. Geworben wurde für die Teilnahme an einer großen Demonstration am 30. September in Paris, mit der weit über die Kommunisten hinaus die Ablehnung des Pakts durch die Masse der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden soll. »Natürlich machen wir uns angesichts der Mehrheitsverhältnisse keine Illusionen über das Votum im Parlament, aber wir können es zumindest delegitimieren«, räumte FKP-Nationalsekretär Pierre Laurent bei einem Meeting ein, auf dem er zusammen mit dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der Linksfrente, Jean-Luc Mélenchon, auftrat.

Der Kampf gegen die Logik der Maßhaltpolitik erfordere einen langen Atem, aber man wisse sich dabei auf der Seite jener 72 Prozent der Franzosen, die Umfrageergebnissen zufolge den Fiskalpaket ablehnen. »Wenn Linke für diesen Pakt stimmen, ist das, als ob die Gans für Weihnachten votierte«, rief Pierre Laurent unter dem Beifall der Anwesenden. Der FKP-Chef kritisierte scharf, dass

Selbst Freunde von mir in Marokko haben ihre Stimme der PJD, der (islamischen) Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, gegeben. Als Grund haben sie gesagt, dass die PJD von allen Parteien in Marokko diejenige ist, die am wenigsten mit dem Regime zu tun hat. Das war also keine Stimmabgabe für den Islam, sondern eher eine Abstimmung gegen die anderen Parteien. Und noch etwas: Die säkularen Parteien in der Arabischen Welt haben alle despotisch regiert. In Irak, Tunesien, Ägypten, Syrien wird Säkularismus mit Gewalt herrschaft in Verbindung gebracht. Das spielt eine wichtige Rolle im Denken der Leute.

● Sie haben die Französische Revolution erwähnt. Natürlich war die Welt 1789 anders als heute. Die Umbrüche heute geschehen in einer globalisierten Welt und in einer sehr sensiblen Region, wo die Weltmächte ihre geostrategischen Interessen haben. Ist es angesichts dessen überhaupt möglich, dass das Volk eine Revolution macht, die seinen ureigenen Interessen dient und nicht den Interessen all dieser Mächte?

So sollte es sein. Doch natürlich gibt es Staaten, die starken Einfluss ausüben, und je schwächer ein Land ist, desto stärker der Einfluss von außen. Nehmen wir Libanon. Dort spielen Syrien, Israel und selbst die Palästinenser eine größere Rolle, als es in Syrien je der Fall sein könnte. Dort wiederum haben eher die Türkei, Iran und Irak ein Gewicht, allerdings viel weniger, als in einem kleinen, schwachen Land.

Wichtiger aber ist die interne Entwicklung eines Landes. Im Fall Syriens spielen die internen Bedingungen für die Veränderung eine wichtigere Rolle als der regionale oder der internationale Einfluss.



Protest gegen den Einfluss der Militärs in Kairo

Foto: AFP/Naamani

● Die Rolle der Frauen im »Arabischen Frühling« wird durch islamistische Bewegungen verdrängt. Sind die Rechte der Frauen in Gefahr?

Die Frauen in der arabischen Welt haben schon viel erreicht, auch wenn es nicht so sichtbar ist. Heute heiraten sie viel später als früher. Manchmal heiraten sie gar nicht, um nicht an einen Cousin oder an jemanden verheiratet zu werden, den sie nicht wollen. Viele Frauen benutzen Verhütungsmittel, sie bestimmen selber über ihren Körper, und das verunsichert eine patriarchale, chauvinistische Gesellschaft. Darum sehen wir Salafisten in Tunesien oder anderen arabischen Staaten: Die Freiheit der Frauen macht ihnen Angst.

● Eine Reaktion auf die Modernisierung?

Genau. Wenn die Modernisierung sehr schnell vorangeht, wie in Tunesien beispielsweise, wollen reaktionäre Kräfte das aufhalten. Und dafür stehen die Salafisten. Sie wollen zurück zu dem, was sie als Beginn einer idealen Gesellschaft betrachten, zum Beginn des Islam.

● Wie sieht Ihre Prognose für die

Entwicklungen in der arabischen Welt aus?

Wichtig ist, wie sich die Lage in Ägypten entwickelt. Es ist das größte arabische Land. Wie wird es nach zwei Jahren mit der islamistischen Regierung in Marokko aussehen, welche Rolle wird die Monarchie spielen? Wir müssen abwarten, wie sich Jemen, wie Libyen sich entwickeln. Besorgt bin ich über die Lage in Libanon, das sich nach unseren Erkenntnissen demografisch sehr gut entwickelt. Schiiten und Sunniten nähern sich an, ebenso Muslime und Christen. Das zeigt, dass Libanon auf dem Weg zu einer friedlichen Gesellschaft ist. Ich hoffe, unsere Analyse hält stand in diesen instabilen Zeiten.

● Und was empfehlen Sie den internationalen Akteuren?

Geduld. Diese Berg- und Talfahrt, die wir beobachten, wird nicht von Dauer sein. Die arabische Welt befindet sich auf einem beständigen Weg in Richtung Modernisierung. Die arabischen Gesellschaften entwickeln sich und die Zivilisationen der arabischen und der europäischen Welt werden sich verbinden.

Linke Kritik an Hollande

Widerstand gegen Fiskalpaket prägte Pressefest der »l'Humanité«



Linkspartei-Chef Jean-Luc Mélenchon (links) und FKP-Nationalsekretär Pierre Laurent auf dem Fest der »Huma« demonstrativ vereint. Foto: Klingsieck

Präsident François Hollande jeder Diskussion über den Pakt und die daraus resultierende Wirtschafts- und Sozialpolitik auszuweichen versucht. Die ersten Wochen und Monate der Amtszeit des Präsidenten und seiner Regierung stärkten die Kommunisten und ihre Partner in der Linksfrente in ihrer Entscheidung, sich nicht an der Regierungskoalition zu beteiligen, sondern kritische Distanz zu bewahren. »Wir stehen nicht in Opposition zu dieser Regierung, aber wir bewahren uns die Freiheit, sie öffentlich auf Widersprüche zu ihren eigenen Zusagen hinzuweisen

und von unseren linken Positionen aus alternative Vorschläge zu machen. Wir haben zwar nur zehn Abgeordnete in der Nationalversammlung, aber im Zusammenspiel mit der Mobilisierung der Massen können wir doch eine Menge bewegen«, sagte Laurent. Bezeichnend sei, dass auf der jüngsten Tagung des Unternehmerverbandes Medef der sozialistische Premier und zehn seiner Minister präsent waren und in großer Übereinstimmung mit den Unternehmern über die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Senkung der Lohnkosten dis-

kutierten, während sich auf dem Pressefest der »Humanité« nur eine einzige sozialistische Ministerin blicken ließ und den kritischen Fragen der Besucher stellte.

An die Adresse der Medien gewandt, die von persönlichen Differenzen in der Führung der Linksfrente raunten, wo sich die kritischen Stimmen über den »Alleinvertretungsanspruch« und das »maßlose Ego« Mélenchons mehrten, bekräftigte Laurent demonstrativ seine Freundschaft und seine Übereinstimmung mit dem vormaligen Präsidentschaftskandidaten.

Jean-Luc Mélenchon selbst betonte in seiner Ansprache, die Franzosen ließen sich nicht weismachen, dass Hollande bei seinen Partnern in der EU im Gegenzug zur Ratifizierung des Fiskalpaktes echte Zugeständnisse für die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durchgesetzt hat. »Das ist noch exakt der Text, wie er zwischen Merkel und Sarkozy ausgehandelt wurde«, sagte Mélenchon. »Nicht das Haushaltsdefizit ist schuld an der Krise und der Massenarbeitslosigkeit, sondern die Jagd nach kurzfristigen Profiten. Unser Land braucht keinen Schock für das Budget, sondern einen positiven Schock für Beschäftigung, für sozial nützlich Wachstum und gegen das Diktat der Finanzmärkte. Es geht nicht länger an, dass die Völker für die Konsequenzen der Spekulationen der Banken zahlen müssen.«

ANZEIGE ND LESERREISEN

PARIS

Anfragen/Info
030/29 78-1621
030/29 78-1620
inkl. Bootsfahrt auf der Seine

Foto: GR Gruppenreisen

29.12. – 01.01.2013

nd-Preis € 674,-*

Flug/4 Tage/F; Eiffelturm; Louvre; Bootsfahrt Seine; Silvesterabendessen mit musikalischer Unterhaltung

*pro Person im DZ; EZZ € 165,-
Fak. 2 x Abendessen im Nachbarrestaurant € 50,-

Ausführliche Reisebeschreibung: nd-Leserreisen, Frau Kohlmetz/Herr Diekert, F.-Mehring-Pl. 1, 10243 Berlin; Fax 030/2978-1650; leserreisen@nd-online.de

Veranstalter: GR Individual- und Gruppenreisen in Kooperation mit BTO International GmbH, Neustrelitz

neues deutschland
DRUCK VON LINKS